

## **Antrag**

**der Abgeordneten Volker Kröning, Uta Zapf, Gernot Erler, Edelgard Bulmahn, Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Walter Kolbow, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Robert Antretter, Ingrid Becker-Inglau, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Arne Börnsen (Ritterhude), Dr. Marliese Dobberthien, Freimut Duve, Eckart Kuhlwein, Heide Mattischeck, Manfred Opel, Wieland Sorge, Dr. Peter Struck, Uta Titze-Stecher, Günter Verheugen, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD**

### **Verbot von Landminen und Unterstützung der Länder der „Dritten Welt“ bei der Lösung ihrer Probleme durch Minen und andere gefährliche Munition**

Der Bundestag wolle beschließen:

**I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

In zahlreichen früheren und heutigen Konfliktgebieten – vor allem in der „Dritten Welt“ – leidet die Zivilbevölkerung unter Landminen; sie fordern täglich Opfer, hemmen die Entwicklung und hindern die Rückkehr von Flüchtlingen.

Landminen gehören zu den sogenannten unterschiedslos wirkenden Waffen. Das Humanitäre Völkerrecht untersagt zwar ihren Einsatz gegen die Zivilbevölkerung als solche oder gegen einzelne Zivilpersonen. Das Waffenübereinkommen der Vereinten Nationen von 1980, das bisher nur von 43 Staaten ratifiziert ist, reicht aber nicht aus, um die Anwendung dieser Waffensysteme konsequent zu unterbinden. Ziel muß daher eine Reform dieser Konvention sein, mit der die Geltung des Minenprotokolls erweitert und seine Durchsetzung gestärkt werden.

Die Länder der „Dritten Welt“ sind außerdem technisch und finanziell mit der Räumung der aus den Konflikten hinterlassenen Landminen und übrigen Munition überfordert. Die Beseitigungskosten übersteigen die Kosten der Anschaffung um ein Vielfaches. Daher ist Hilfe der Staatengemeinschaft erforderlich.

**II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf:**

1. sich – über die vorliegenden Ergebnisse der vorbereitenden Expertengruppe hinaus – für eine grundlegende Reform des VN-Waffenübereinkommens einzusetzen mit dem Ziel,

- a) — ein Verbot der Entwicklung, der Produktion, des Exports und des Einsatzes von Anti-Personenminen weltweit durchzusetzen,
    - ein Verbot der Entwicklung, der Produktion, des Exportes und des Einsatzes von sogenannten Sprengfallen (booby-traps) zu erreichen und
    - ein Verifikationsregime (insbesondere „fact-finding“ vor Ort) in das Minenprotokoll aufzunehmenund
  - b) in bilateralen Kontakten diejenigen Staaten, die das Abkommen bzw. das Protokoll noch nicht unterzeichnet und ratifiziert haben, für eine Beteiligung zu gewinnen;
2. die vom 5. bis 7. Juli 1995 in Genf stattfindende Minenräumkonferenz zu unterstützen und einen hinreichenden Beitrag zu den Minenräumprogrammen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der betroffenen Staaten zu leisten;
3. in Ergänzung ihrer europaweiten und internationalen Bemühungen um Exportmoratorien und -beschränkungen ein nationales Exportverbot für Landminen zu erlassen;
4. die Voraussetzungen zu schaffen, um internationale Minenräumaktionen auch durch die Bundesrepublik Deutschland wirkungsvoll unterstützen zu können, insbesondere dadurch, daß
- a) die Bundeswehr und andere staatliche Stellen (Bundesgrenzschutz, Polizei usw.)
    - an solchen Aktionen personell beteiligt werden,
    - Dienst- und Ausbildungsvorschriften, die bisher ihrem Einsatz an „Fremdminen“ entgegenstehen, ändern,
    - die Ausbildung von Fachkräften im Bereich „Minensuche und -räumung“ intensivieren und
    - Gerät, mit dem sie den technischen Anforderungen auf diesem wichtigen Gebiet humanitärer Hilfe gerecht werden können, erhaltenund
  - b) die nichtstaatlichen Hilfsorganisationen und die Agenturen, die im Auftrag der Vereinten Nationen tätig werden,
    - die Kapazitäten der Bundeswehr (z. B. das Minendokumentationszentrum) nutzen können und
    - durch die Förderung der Ausbildung von Experten unterstützt werden;
5. Initiativen innerhalb der Europäischen Union zu unterstützen, Projekte zur Entwicklung und Erprobung neuer Methoden der Minensuche, -räumung und -zerstörung zu fördern.

Daneben sollte die Möglichkeit geprüft werden, derartige Projekte über die EU hinaus bilateral oder multilateral mit anderen Ländern, z. B. Rußland, zu verfolgen.

Bonn, den 10. Mai 1995

**Volker Kröning**

**Uta Zapf**

**Gernot Erler**

**Edelgard Bulmahn**

**Katrin Fuchs (Verl)**

**Norbert Gansel**

**Walter Kolbow**

**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**

**Robert Antretter**

**Ingrid Becker-Inglau**

**Dr. Ulrich Böhme (Unna)**

**Arne Börnsen (Ritterhude)**

**Dr. Marliese Dobberthien**

**Freimut Duve**

**Eckart Kuhlwein**

**Heide Mattischeck**

**Manfred Opel**

**Wieland Sorge**

**Dr. Peter Struck**

**Uta Titze-Stecher**

**Günter Verheugen**

**Rudolf Scharping und Fraktion**

